

Sechs Tage BURUNDI und zurück – und was nun?

I. Reiches Land - bitterarm

Burundi ist ein dicht besiedeltes Agrarland, in dem mehr als 90 % der Bevölkerung von Ackerbau und Viehzucht leben. Angebaut werden in kleinbäuerlicher Landwirtschaft neben Kaffee und Tee vor allem Bananen, Maniok, Mais, Süßkartoffeln, Reis, Gemüse sowie Hirse. Zwei Regenzeiten im Jahr ermöglichen gute Ernten in der teils recht bergigen Landschaft.

Bodenschätze im Osten und Süden des Landes werden bislang nicht abgebaut, sollen aber laut Auskunft des Planungsministers in naher Zukunft erschlossen werden.

Auch wenn heute Friede herrscht im Land, sind die Nachwirkungen des langjährigen Bürgerkriegs noch deutlich zu spüren. Nachdem das Auswärtige Amt noch 2008 von Reisen nach Burundi abriet, wird in den Sicherheitshinweisen nun darauf hingewiesen, dass bewaffnete Auseinandersetzungen angesichts der hohen Zahl von Waffen im gesamten Land nicht ausgeschlossen werden können. Die Entwaffnung und Integration der Kombattanten bleibt eine Herausforderung.

Fast die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre, ca. 10% der Bevölkerung sind kriegs- und aidswaise Kinder. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei ca. 50 Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt liegt unter 100 Euro pro Person. Die jahrelangen Spannungen und blutigen Auseinandersetzungen seit 1993 und ein zeitweises Wirtschaftsembargo haben dazu geführt, dass Burundi eines der ärmsten Länder der Welt ist. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

Die Folgen des Kriegs stellen die Gesellschaft und die demokratisch gewählte burundische Regierung vor immense Herausforderungen, nicht nur was die Armutsbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch was Demokratie und Menschenrechte angeht.

In den in Burundi geführten Gesprächen wurden immer wieder darauf hingewiesen, dass das Bildungs- und Gesundheitssystem, die Landwirtschaft (u.a. bzgl. Erosionsschutz) und die Energieversorgung Unterstützung - auch von außen - benötigen.

Im Juni 2010 sind Wahlen in Burundi. Oberstes Ziel der Regierung ist die Aufrechterhaltung des fragilen Friedens im Land. Ohne Frieden keine Entwicklung, keine Menschenrechte, keine Zukunft. Keine Partnerschaft?!?

II. Auf der Suche nach Spuren Baden-Württembergs im Land

Landwirtschaftsminister Peter Hauk lässt sich feiern. Ohne die Hilfe Baden-Württembergs sähe es noch schlechter aus in Burundi. Wer hat aber in den 10 Jahre des Bürgerkriegs Partnerschaft praktiziert und sich verlässlich engagiert im Land?

Das Land jedenfalls nicht. Mit der Abwicklung der integrierten Projekte in der nördlichen Provinz Kayanza, die mit insgesamt 3 Mio. Euro gefördert wurden, war für die Landesregierung 1995 auch die Partnerschaft mit Burundi beendet. Kommunale Partnerschaften (Albstadt - Bisoro), Krankenhauspartnerschaften (Gengenbach -

Kayanza), verschiedene NGOs und die kirchlichen Hilfswerke blieben, trotzten dem Krieg und arbeiten bis heute.

Dort, wo Spendenmittel - unter anderem auch der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) - zum Einsatz kamen, konnten mit vergleichsweise geringen Mitteln Strukturen aufgebaut und erhalten werden, an die sich heute anknüpfen lässt, z.B.

- Schulprojekte (z.B. Bujumbura, Ruziba, Mutumba)
- Behindertenzentren (Akamuri, Buyenzi)
- Krankenstationen/-häuser (Kayanza, Mutumba)
- Handwerks-/Ausbildungsprojekt PAK (Kayanza)

Auf diplomatischer Ebene waren die Beziehungen zuletzt auf dem Nullpunkt angelangt. Beschämendes jüngstes Beispiel für die Beziehungslosigkeit zwischen den einstigen Partnerländern war die Deutschlandreise des burundischen Bildungsministers im Januar, den die Landesregierung nicht offiziell empfangen wollte...

Deutschland hat seine Botschaft in Bujumbura 2006 wieder eröffnet. Die GTZ realisiert seit 2007 eines der weltweit größten Wasserprogramme in Burundi (Pro-Sec-Eau). Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die EU – internationale Partnerländer sind mit Fachkräften und Investitionen im Land aktiv.

III. Große Delegation – große Erwartungen

Ansatzpunkte für die Wiederbelebung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Burundi und Baden-Württemberg

Intention der Delegationsreise laut Minister Hauk war die Sondierung der aktuellen Situation mit der Perspektive: Prüfung der Fortsetzung der guten Beziehungen vor dem Bürgerkrieg.

Der Landwirtschaftsminister bescheinigte den Gesprächspartnern bei den politischen Terminen in diversen Ministerien große Fortschritte seit 2005. Politische Prioritäten müssen nun in den Bereichen Armutsbekämpfung, innere Sicherheit, Menschenrechte, Demokratie, Aufbau von Infrastruktur und Bildung liegen.

Die Größe der Delegation weckte naturgemäß hohe Erwartungen in Burundi. Konkrete Zusagen wurden - über die für das Krankenhaus Kayanza angekündigten Spendenmitteln hinaus - nicht gemacht. In Aussicht gestellt wurden das Knüpfen von Netzwerken und Partnerschaften, der Austausch von Experten (u.a. zur beruflichen Bildung) und Unterstützung über die SEZ. Benannt wurden die Bereiche humanitäre Hilfe, Landwirtschaft, wirtschaftliche Entwicklung und politische Begleitung. Die Einladung einer Delegation der Nationalversammlung und des Senats nach Baden-Württemberg wurde in Aussicht gestellt.

Vorhandene Studien sollen ausgewertet werden, um Ansatzpunkte der Entwicklung Burundis ausfindig zu machen.

Der Landtag wird unterrichtet - ob er auch beratend einbezogen wird?

Immerhin kam die Initiative zu der Delegationsreise, wie der Minister mehrfach betonte, aus dem Landtag, der immer wieder Impulse für die Zusammenarbeit mit Burundi gegeben hat.

IV. GRÜNE Anknüpfungspunkte

Wichtig ist aus GRÜNER Sicht zunächst einmal eine klare politische Positionierung zur Partnerschaft mit Burundi. Um das Wort „**Partnerschaft**“ hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren einen großen Bogen gemacht, obwohl der Begriff in früheren Jahren auch in CDU-Kreisen für die Verbindung zu Burundi gebräuchlich war. Mit einer klaren Aussage zur „Partnerschaft“ öffnen sich nicht nur bei Landeseinrichtungen (z.B. Hochschulen) Türen.

Die Knüpfung der Unterstützung des Landes an den Wahlausgang 2010, wie sie Minister Hauk vertritt, ist aus unserer Sicht zum heutigen Zeitpunkt – 15 Monate vor den Wahlen – ein falsches Signal. Vielmehr muss das Land jetzt durch Intensivierung des partnerschaftlichen Engagements einen Beitrag zu Frieden und Armutsbekämpfung leisten. Demokratie gedeiht nicht auf dem Boden einiger humanitärer Hilfsmaßnahmen. Eine verlässliche Partnerschaft der Taten und des neuen Engagements des Landes ist der beste Beitrag zur Konsolidierung und Stabilisierung des burundischen Friedensprozesses.

Wichtig ist auch der Aufbau **von Strukturen**, damit die Eindrücke und Impulse der Reise nicht in einem Strohhalm einzelner kleiner Projekte verpuffen. In Rheinland-Pfalz gibt es einen Partnerschaftsverein; Rheinland-Pfalz betreibt in Kigali ein Koordinationsbüro als Anlauf- und Kooperationsstelle für die ruandischen Partner. Entsprechende Strukturen sind auch für die baden-württembergisch - burundische Zusammenarbeit notwendig.

Einst bestehende und „eingeschlafene“ **Partnerschaften auf kommunaler Ebene** sollten nach Möglichkeit wiederbelebt werden. Gemeinsam mit dem Kultusministerium sowie dem Gemeinde- und Städtetag sollte für die Neugründung von Städte- und Schulpartnerschaften beworben werden.

Im Bereich **Landwirtschaft** sollte die Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und das Thema **Erosionsschutz** im Vordergrund stehen. Geprüft werden sollte, inwieweit Projektergebnisse der rheinland-pfälzisch - ruandischen Kooperation im Landwirtschaftsbereich auf Burundi übertragbar sind. Bezüglich der Erzeugung agrarischer Exportprodukten bestehen Chancen in der Diversifizierung, der Weiterverarbeitung und im fairen Handel.

Seitens der Kommune Ruhororo (Region Ngozi) wurde auf den Bedarf für eine landwirtschaftliche Sekundarschule bzw. die **Ausbildung von Veterinären** hingewiesen.

Burundi hat eine außerordentlich hohe **Biodiversität**. In der Region Kayanza ist insbesondere der Kibira National Park zu erwähnen, der unter anderem verschiedenen Affenarten beherbergt. In Bujumbura besteht eine Initiative zum Aufbau eines botanischen Gartens, die um Unterstützung durch deutsche Experten nachgesucht hat.

Im Energiesektor sollte Burundi bei der Nutzung **erneuerbarer Energien** unterstützt werden (Wasserkraft, Solarenergie usw.). Zu prüfen wäre, inwieweit Burundi durch Klimaschutzprojekte unterstützt werden kann (z.B. auch Verwendung der Klimabgabeln für Flugreisen von MitarbeiterInnen der Landesverwaltung).

Eingebunden werden sollten in die Partnerschaft mit Burundi sollten auch das **Arnold Bergstraesser Institut** (Freiburg) und das **Internationale Institut für Berufsbildung** (Mannheim). Das landeseigene IfB in Mannheim bildet Führungskräfte, BildungsplanerInnen und MultiplikatorInnen sowie MechanikerInnen und

MeisterInnen des Kraftfahrzeughandwerks aus Entwicklungsländern fort und könnte im Ausbildungsbereich wichtige Unterstützung leisten.

Auch die in Baden-Württemberg lebenden BurunderInnen, die **burundische Diaspora**, sollte aktiv in die partnerschaftliche Zusammenarbeit einbezogen werden.

Ohne Moos nix los: das entwicklungspolitische Engagement des Landes kann sich nicht nur auf private Spenden stützen. Es muss dafür gesorgt werden, dass aus dem **Landesetat** dauerhaft Mittel bereit gestellt werden. Die für 2009 in den Haushalt eingestellten 250 Tsd. Euro können nur ein Anfang sein.

Ihre Abwicklung über die **SEZ** muss transparent und nach klaren Kriterien erfolgen. Wir GRÜNEN halten eine Sondersitzung des Stiftungsrats der SEZ in den kommenden Monaten für notwendig. Vorher sollte die Delegationsreise ausgewertet werden und die Teilnahmeorganisationen und Initiativen des Burundi-Ländertreffens der SEZ die Möglichkeit erhalten, Vorschläge zu unterbreiten.

Wir GRÜNEN haben in den diesjährigen Haushaltsberatungen die Einstellung von **1 Mio. Euro** für eine „Partnerschaft mit Afrika“ mit Schwerpunkt Burundi beim Staatsministerium gefordert. Wichtig ist uns, dass die Entwicklungspolitik strukturell wieder klar verankert wird. Das bisher formal zuständige Wirtschaftsministerium verweist immer wieder auf leere Kassen und schiebt damit auch die Verantwortung von sich.

V. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder (MPK) hat am 23. Oktober 2008 einen neuen Beschluss zur Entwicklungspolitik gefasst. Damit wird der Erkenntnis Rechnung getragen, dass auch die Bundesländer wichtige Akteure in der internationalen Entwicklungspolitik sind und sich ihrer Verantwortung insbesondere im Bereich der Bildung nicht entziehen können.

Rheinland-Pfalz zeigt seit über 20 Jahren, welchen positiven Effekt die Partnerschaft mit Ruanda für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland hat. Baden-Württemberg sollte den Anschluss an entwicklungspolitisch aktive Bundesländer wie Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (Partnerland Ghana) nicht verlieren, sondern von deren Erfahrungen profitieren.

Die Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi sollte mit dem entwicklungspolitischen Engagement im Inland verbunden werden. Denkbar sind beispielsweise die Durchführung eines landesweiten Burunditags an den Schulen des Landes, in Zusammenarbeit mit dem EPIZ Reutlingen. Wie in Brandenburg könnten sich auch in Baden-Württemberg die Schulen an der Aktion „Mein Tag für Afrika“ beteiligen und den Erlös aus einem Tag Arbeitseinsatz für Schulen in Burundi spenden.

Wichtig ist uns GRÜNEN die Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Inland und eine Begleitung von Studierenden aus Entwicklungsländern im Sinne der Stärkung ihrer entwicklungspolitischen Kompetenz aber auch über die Partnerschaft mit Burundi hinaus. Deshalb haben wir für diesen Bereich wiederholt Haushaltsanträge eingebracht, zuletzt 2009 in Höhe von 100.000 Euro für das Studienbegleitprogramm STUBE.